

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	Seite XXIII
Einleitung	Seite 1
1. Kapitel	
Die Kapitalverkehrsfreiheit im Europäischen Gemeinschaftsrecht - Einführung in den ersten Betrachtungsgegenstand	Seite 6
I. Einleitung und historische Entwicklung	Seite 6
1. Das Primärrecht, Art. 67 - 73 EWGV	Seite 8
a) Regelungsgegenstand und Umfang der Freiheit	Seite 8
b) Einschränkungsmöglichkeiten im Verhältnis zu Drittstaaten	Seite 10
aa) Einschränkungen gemäß Art. 73 E(W)GV	Seite 10
bb) Einschränkungen gemäß Art. 70 Abs. 2 E(W)GV	Seite 11
2. Die sekundärrechtliche Ausgestaltung der Kapitalverkehrsfreiheit	Seite 12
3. Die Rechtsprechung des EuGH zur Kapitalverkehrsfreiheit	Seite 15
a) Das Urteil "Casati"	Seite 15
b) Weitere Urteile des EuGH zur Kapitalverkehrsfreiheit	Seite 16
4. Resümee	Seite 17
II. Die Kapitalverkehrsfreiheit seit dem 1.1.1994	Seite 18
1. Der Regelungsgegenstand der Art. 73a ff. EGV	Seite 18

III. Schlußbetrachtung der dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion	Seite 78
3. Kapitel Die normativen Verknüpfungen von Kapitalverkehrsfreiheit und Währungsunion	Seite 79
I. Begriffsbestimmung	Seite 79
II. Normative Verknüpfungen von Kapitalverkehrsfreiheit und Währungsunion im Bereich von Handlungen der Gemeinschaftsorgane - institutionelle Verknüpfungen	Seite 80
1. Die Verknüpfungen zwischen Wirtschafts- und Währungspolitik	Seite 80
a) Mögliche Kollisionsprobleme	Seite 80
aa) Maßnahmen der Wirtschaftskoordination	Seite 81
(1) Kapitalverkehrsbeschränkende Maßnahmen	Seite 82
(2) Beschränkungen gemäß Art. 73c Abs. 2 EGV	Seite 83
(3) Beschränkungen gemäß Art. 73f EGV	Seite 83
(4) Beschränkungen gemäß Art. 104c Abs. 2 EGV ?	Seite 84
bb) Mögliche Auswirkungen der wirtschaftspolitischen Empfehlungen des Rates auf die Wechselkurse	Seite 85
cc) Konflikte mit der EZB wegen der Geldumlaufmenge, Art. 105 Abs. 2 EGV	Seite 88

b) Konfliktlösende institutionelle Höherrangigkeit zwischen Rat und EZB?	Seite 89
c) Konfliktlösungsmöglichkeit durch den Europäischen Rat?	Seite 92
aa) Rechtsfähigkeit der Europäischen Union ?	Seite 93
bb) Die Behandlung des "Europäischen Rates" im EG-Vertrag	Seite 95
cc) Konfliktlösungsmöglichkeit durch Aufgabenzuweisung im EG-Vertrag ?	Seite 96
(1) Rechtsverbindlichkeit der Schlußfolgerungen des Europäischen Rates gemäß Art. 103 Abs. 2 EGV ?	Seite 97
(2) Unverbindlichkeit der Schlußfolgerungen des Europäischen Rates gemäß Art. 103 Abs. 2 EGV ?	Seite 99
(3) Ergebnis	Seite 100
d) Konfliktlösungsmöglichkeit durch die Annahme von Spezialität?	Seite 102
aa) Auswirkungen einer Spezialität	Seite 102
bb) Ist eine Spezialität zu rechtfertigen?	Seite 103
e) Aus dem Vertragswortlaut ableitbare Lösungsmöglichkeiten	Seite 103
aa) Differenzierung durch Hierarchisierung der Vertragsziele "Binnenmarkt" und "Wirtschafts- und Währungsunion"	Seite 105
bb) Bewertung der Hierarchisierung	Seite 110
f) Ergebnis	Seite 112
g) Zum Vergleich: Das Verhältnis der Bundesbank zur Bunderegierung	Seite 113

III. Normative Verknüpfungen von Kapitalverkehrsfreiheit und Währungsunion im Bereich der Geldpolitik zwischen Eurostaaten und Drittstaaten - Materielle Verknüpfungen	Seite 114
1. Materielle Verknüpfungen im Bereich der Geldpolitik zwischen Eurostaaten und Drittstaaten	Seite 114
a) Die Grundregel des Art. 109 EGV	Seite 114
b) Auftretende Interessenkonflikte zwischen dem EG-Rat und der EZB bei der Wechselkursfeststellung gegenüber Drittstaaten	Seite 116
c) Rechtliche Lösungsmöglichkeiten für den Konflikt zwischen Wirtschaftswachstum und Währungsstabilität in einer Wechselkursunion zwischen den Eurostaaten und Drittstaaten	Seite 121
aa) Stabilitätsgesetz auf europäischer Ebene?	Seite 122
bb) Lösungen sekundärrechtlicher Art zugunsten der EZB?	Seite 123
d) Geldpolitische Lösungsmöglichkeiten für den Konflikt zwischen Wirtschaftswachstum und Währungsstabilität in einer Wechselkursunion zwischen den Eurostaaten und Drittstaaten	Seite 126
aa) Arten und Auswirkungen der geldpolitischen Instrumente	Seite 127
(1) Die Mindestreserve	Seite 127
(2) Die Offenmarktpolitik	Seite 131
(3) Das Rediskontgeschäft und das Lombardgeschäft	Seite 133
(4) Die Devisenpolitik	Seite 135
bb) Die Anwendbarkeit der geldpolitischen Instrumente in einem Festkurssystem zwischen den Eurostaaten und einem Drittstaat	Seite 137

cc) Die Kollision der Anwendung geldpolitischer Maßnahmen mit der Freiheit des Kapitalverkehrs im EG-Vertrag	Seite 138
(1) Ungeschriebene Einschränkungs- möglichkeiten der Kapitalverkehrs- freiheit - entsprechende Anwendung der <i>Cassis-Formel</i> ?	Seite 141
(2) Ausweitung der EZB-Kompetenzen durch die implied-powers-Lehre	Seite 142
dd) Verstoß gegen das Diskriminierungsverbot aus Art. 6 Abs. 1 EGV	Seite 143
ee) Ergebnis	Seite 146
e) Einflußmöglichkeiten auf GASP-Aktionen seitens der EZB	Seite 146
aa) Die Zugehörigkeit von GASP-Aktionen zur Geldpolitik gegenüber Drittstaaten	Seite 147
bb) Die Verpflichtung der EG aus Art. 228a EGV im Rahmen der GASP	Seite 148
cc) Das Kohärenzgebot gemäß Art. C EUV	Seite 150
(1) Das Abstimmungsgebot des Art. C Abs. 2 EUV	Seite 150
(2) Die Einbeziehung der EZB in die GASP-Aktionen	Seite 152
2. Materielle Verknüpfungen beim Kapitalfluß zwischen den Staaten, für die eine Ausnahmeregelung gilt und den Eurostaaten	Seite 154
a) Die Zuständigkeit zur Festlegung der Wechsel- kurse zwischen den Eurostaaten und den EG- Staaten, für die eine Ausnahmeregelung gilt	Seite 156
aa) Möglichkeit einer Zuständigkeit des Rates gemäß Art. 109 Abs. 1 EGV	Seite 156

bb) Möglichkeit einer Zuständigkeit der EZB gemäß Art. 109 Abs. 2 EGV	Seite 158
cc) Rechtsgrundlagen für eine Kompetenzzuweisung außerhalb von Art. 109 EGV	Seite 160
(1) Restkompetenz der Mitgliedstaaten zur Regelung der Wechselkurse zwischen den Eurostaaten und den verbliebenen EG-Mitgliedstaaten mit nationaler Währung	Seite 160
(2) Gemeinschaftskompetenz zur Regelung der Wechselkurse zwischen den Eurostaaten und den übrigen Staaten	Seite 162
(a) Die implied-powers-Lehre	Seite 162
(b) Das Verfahren gemäß Art. 235 EGV	Seite 163
(c) Entscheidung zwischen beiden Verfahren	Seite 165
dd) Die Voraussetzungen des Befugnislückenschließungsverfahrens gemäß Art. 235 EGV	Seite 165
b) Auftretende Konflikte zwischen dem Rat und der EZB bei der Wechselkursfestlegung zwischen den Eurostaaten und den EG-Staaten, für die eine Ausnahmeregelung gilt	Seite 168
aa) Die zur Verfügung stehenden geldpolitischen Instrumente im Verhältnis der Eurostaaten zu den übrigen EG-Staaten	Seite 169
bb) Der Einsatz der Mindestreserve als adäquates Mittel zur Steuerung des Kapitalverkehrs im Verhältnis von Eurostaaten zu den übrigen EG-Staaten mit nationaler Währung	Seite 170
cc) Ergebnis	Seite 175

3. Verknüpfungen beim Kapitalfluß zwischen EG-Staaten, die nicht an der gemeinsamen Währung teilnehmen, und Drittstaaten	Seite 176
a) Der Grundsatz der vollständigen Liberalisierung des Kapitalverkehrs auch gegenüber Drittstaaten gemäß Art. 73b Abs. 1, 2. Hs. EGV	Seite 176
b) Die Einschränkungsmöglichkeiten gemäß Art. 73c und 73f EGV	Seite 177
c) Das Entscheidungsverfahren im Rahmen des Art. 73f EGV	Seite 180
d) Die Einbeziehung der Eurostaaten in die Schutzmaßnahmen des Art. 73f EGV	Seite 182
aa) Die Auslegung des primären Gemeinschaftsrechts	Seite 185
bb) Die teleologisch-systematische Auslegung des Art. 73f EGV	Seite 186
cc) Teleologische Reduktion des Art. 73f EGV	Seite 188
dd) Folgeprobleme der Nichteinbeziehung der Eurostaaten in die Schutzmaßnahmen gemäß Art. 73f EGV	Seite 191
IV. Normative Verknüpfungen von Kapitalverkehrsfreiheit und Währungsunion im Bereich von Handlungen seitens der internationalen Kapitalmärkte	Seite 193
1. Entstehung des Problems	Seite 193
2. Die Kapitalflucht aus den Nicht-Eurostaaten	Seite 194
a) Die Kapitalflucht aus den nicht an der gemeinsamen Währung der Währungsunion teilnehmenden Staaten in Drittstaaten	Seite 195

aa) Die ökonomischen und politischen Voraussetzungen für eine Kapitalflucht aus den Staaten der EU zu Beginn der dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion	Seite 195
bb) Die Koordination von Gegenmaßnahmen seitens der EG und/oder den Eurostaaten alleine	Seite 197
(1) Die Koordination gemäß dem EG-Vertrag	Seite 198
(2) Die Koordination gemäß dem EU-Vertrag	Seite 204
b) Die Übertragung von Kapital aus den Nicht-Teilnehmerstaaten der gemeinsamen Währung in die Eurostaaten	Seite 207
aa) Die ökonomischen und politischen Voraussetzungen einer Kapitalflucht aus den Nicht-Teilnehmerstaaten in die Eurostaaten	Seite 207
bb) Die ökonomischen und politischen Gegenmaßnahmen der Europäischen Gemeinschaft	Seite 209
3. Die Kapitalbewegungen innerhalb der Eurostaaten	Seite 210
a) Die ökonomischen und politischen Konsequenzen von Kapitalbewegungen innerhalb der Eurostaaten	Seite 211
b) Konsequenzen für den internationalen Kapitalverkehr	Seite 213
c) Maßnahmen zur Gegensteuerung seitens der Europäischen Gemeinschaft und der Eurostaaten	Seite 214
aa) Die Sanktionsmaßnahmen gemäß Art. 104c EGV	Seite 214
bb) Der Stabilitäts- und Wachstumspakt von Dublin	Seite 216
(1) Die Konkretisierung des Überwachungsverfahrens des Art. 104c Abs. 1 bis 10 EGV	Seite 217

(2) Die Konkretisierung der Sanktionen des Art. 104c Abs. 11 EGV	Seite 219
(3) Die Frage der gemeinschaftsrechtlichen Zulässigkeit eines Stabilitäts- und Wachstumspaktes	Seite 220
d) Der Haftungsausschluß der Gemeinschaft und der Mitgliedstaaten gegenüber einem überschuldeten Mitgliedstaat	Seite 226
aa) Die "No-bail-out-Klausel" des Art. 104b Abs. 1 EGV	Seite 227
bb) Das Erfordernis eines gemeinschaftsrechtlichen Staatenfinanzausgleichs	Seite 230
cc) Ein institutionalisiertes Verfahren zur Abwicklung von Staatsinsolvenzen als Alternative zum Staatenfinanzausgleich	Seite 234
4. Die Kapitalflucht aus den Eurostaaten	Seite 236
V. Verknüpfungen bei Zahlungsbilanzschwierigkeiten von Nicht-Teilnehmerstaaten infolge von Kapitalflucht aus diesen Staaten in die Eurostaaten	Seite 236
1. Aufbau und Wesen einer Zahlungsbilanz	Seite 236
2. Die Regelungen der Art. 109h und 109i EGV	Seite 239
a) Das Gemeinschaftsverfahren gemäß Art. 109h EGV	Seite 239
aa) Der gegenseitige Beistand gemäß Art. 109h Abs. 1 UAbs.2, Abs. 2 EGV	Seite 240
bb) Das Abweichen vom erreichten Integrationsstand, Art. 109h Abs. 3 EGV	Seite 242
b) Das autonome Verfahren gemäß Art. 109i EGV	Seite 247
3. Der finanzielle Beistand der Gemeinschaft gegenüber einem Mitgliedstaat gemäß Art. 103a Abs. 2 EGV	Seite 252

VI. Ausblick	Seite 257
Zusammenfassung	Seite 258
Anhang I: Das IWF-Abkommen	Seite 263
Anhang II: Das OECD-Abkommen	Seite 264
Anhang III: Das GATT-Abkommen	Seite 267
Anhang IV: Das EFTA-Abkommen	Seite 269
Anhang V: Das EWR-Abkommen	Seite 270
Anhang VI: Die Europa-Abkommen mit den mittel- und osteuropäischen Staaten	Seite 273
Literaturverzeichnis	Seite 275